

# AMTSBLATT

## der Verbandsgemeinde Weida-Land

7. Jahrgang

Nemsdorf-Göhrendorf, den 22. November 2016

Nr. 31

**Inhalt**

**Seite**

**Impressum** ..... 1

### **Bekanntmachung der Verbandsgemeinde Weida-Land**

- **Beschlüsse des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Weida-Land vom 16.11.2016**  
aus dem öffentlichen Sitzungsteil:  
Beschluss-Nr. 2016-12/046 bis Beschluss-Nr. 2016-12/056 ..... 2

### **Bekanntmachung der Jagdgenossenschaft Esperstedt**

- **Bekanntmachung der außerordentlichen Mitgliederversammlung der Jagdgenossenschaft Esperstedt am 6. Dezember 2016** ..... 3

### **Bekanntmachung des Landkreises Saalekreis; 06217 Merseburg**

- **Allgemeinverfügung zum Schutz vor Geflügelpest** ..... 3 - 6

#### **Impressum**

Amtsblatt der Verbandsgemeinde Weida-Land; im Internet unter: [www.vg-weida-land.de](http://www.vg-weida-land.de)

**Herausgeber:** Die Verbandsgemeindebürgermeisterin;

VerbGem Weida-Land, Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf,

Tel.: 034771/ 9000; Fax: 034771/900-50

**Verantwortlich:** Hauptamt der Verbandsgemeinde Weida-Land

Standort Schraplau, Marktstraße 25, 06279 Schraplau, Tel.: 034774/4390; Fax: 034774/43933

**Satz/Druck:** VerbGem Weida-Land, Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf

Das Amtsblatt erscheint nach Bedarf. Es wird im Gebäude der Verbandsgemeinde Weida-Land, Hauptstraße 43, 06268 Nemsdorf-Göhrendorf ausgelegt.

Es kann gegen eine Gebühr einzeln bezogen oder abonniert werden.

## Bekanntmachung der Verbandsgemeinde Weida-Land

### Bekanntmachung der gefassten Beschlüsse in der 12. Sitzung des Verbandsgemeinderates der Verbandsgemeinde Weida-Land am 16.11.2016

aus dem öffentlichen Sitzungsteil:

**Beschluss-Nr. 2016-12/046**

Beschluss über die Entscheidung über die Gültigkeit der Wahl des hauptamtlichen Bürgermeisters der Verbandsgemeinde Weida-Land

**Beschluss-Nr. 2016-12/047**

Beschluss über die Feststellung des Ausscheidens eines Mitgliedes des Verbandsgemeinderates

**Beschluss-Nr. 2016-12/048**

Beschluss über die Berufung des Gemeindeführers der Verbandsgemeinde Weida-Land

**Beschluss-Nr. 2016-12/049**

Beschluss über die Berufung des stellvertretenden Gemeindeführers der Verbandsgemeinde Weida-Land

**Beschluss-Nr. 2016-12/050**

Beschluss über die Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Esperstedt

**Beschluss-Nr. 2016-12/051**

Beschluss über die Berufung des Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Schraplau

**Beschluss-Nr. 2016-12/052**

Beschluss über die Berufung des stellvertretenden Ortswehrleiters der Freiwilligen Feuerwehr Nemsdorf-Göhrendorf

**Beschluss-Nr. 2016-12/053**

Beschluss über die Beantragung von Fördermitteln durch die Verbandsgemeinde Weida-Land gemäß Abschnitt 1 Absatz 3.2 der Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen für das Programm STARK V - RdErl. des MF vom 29.10.2015 für drei Investitionsvorhaben

**Beschluss-Nr. 2016-12/054**

Beschluss über die Optionserklärung gemäß § 27 Abs. 22 Umsatzsteuergesetz (UStG) zur vorläufigen Weiteranwendung der Regelungen des § 2 Abs. 3 UStG in der am 31.12.2015 geltenden Fassung des UStG

**Beschluss-Nr. 2016-12/055**

Beschluss über die Annahme von Spenden, Schenkungen und ähnlichen Zuwendungen gemäß § 99 Abs. 6 des Kommunalverfassungsgesetzes i. V. mit § 4 Abs. 7 der Hauptsatzung der Verbandsgemeinde Weida-Land

**Beschluss-Nr. 2016-12/056**

Beschluss über die Weiterbetreuung der Kita Schnellroda

Nemsdorf-Göhrendorf, 17.11.2016

Böttcher

Vorsitzender des Verbandsgemeinderates

## **Bekanntmachung der Jagdgenossenschaft Esperstedt**

Der Vorstand der Jagdgenossenschaft Esperstedt lädt alle Landeigentümer der Gemarkung Esperstedt zur außerordentlichen Mitgliederversammlung ein.

Termin: Dienstag, 06. 12.2016

Beginn: 18.00 Uhr

Ort: Freizeitzentrum Esperstedt, Pflaumenweg 1 in 06268 Obhausen – OT Esperstedt

### Tagesordnung:

1. Begrüßung
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Beschlussfassung zur Autorisierung des Vorstandes durch die Mitgliederversammlung  
in Pachtangelegenheiten
4. Sonstiges

Esperstedt, den 20.11.2016

Holter

Vorsitzender der Jagdgenossenschaft

## **Bekanntmachung des Landkreises Saalekreis; 06217 Merseburg**

**Landkreis Saalekreis  
DER LANDRAT**



### **Amtliche Bekanntmachung**

Der Landkreis Saalekreis erlässt zum Schutz vor der Geflügelpest auf der Grundlage des § 13 Abs. 1 i.V.m. Abs. 2 der Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (GeflPestSchV) folgende

#### **Allgemeinverfügung:**

- 1. Sämtliches im Landkreis Saalekreis - mit Ausnahme der unter Ziffer 2 genannten Gebiete - gehaltenes Geflügel (Hühner, Truthühner, Perlhühner, Rebhühner, Fasane, Laufvögel, Wachteln, Enten und Gänse) ist ab sofort bis auf weiteres ausschließlich**
  - a) in geschlossenen Ställen oder**
  - b) unter einer Vorrichtung, die aus einer überstehenden, nach oben gegen Einträge gesicherten dichten Abdeckung und mit einer gegen das Eindringen von Wildvögeln gesicherten Seitenabgrenzung bestehen muss (Schutzvorrichtung),**

**zu halten.**

2. **Ausgenommen von der unter Ziffer 1 verfügten Aufstallungspflicht sind die Gebiete der Stadt Querfurt mit ihren Ortschaften (Gatterstädt, Grockstädt, Leimbach, Lodersleben, Schmon, Vitzenburg, Weißenschirmbach, Ziegelroda) und der Verbandsgemeinde Weida-Land mit ihren Mitgliedsgemeinden (Barnstädt, Farnstädt, Nemsdorf-Göhrendorf, Obhausen, Schraplau, Steigra).**
3. Die sofortige Vollziehung dieser Maßnahme wird im öffentlichen Interesse angeordnet.
4. Diese Allgemeinverfügung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft und kann beim Landkreis Saalekreis, Veterinär- und Lebensmittelüberwachungsamt, Oberaltenburg 4 b, 06217 Merseburg, eingesehen werden.
5. Diese Allgemeinverfügung ergeht unter dem Widerrufsvorbehalt.

### **Begründung:**

#### I.

Nach erfolgter Risikobewertung durch den Landkreis Saalekreis unter Berücksichtigung der Risikoeinschätzung des Friedrich-Löffler-Instituts (Insel Riems) zum Auftreten von HPAIV H5N8 in Deutschland und der des Landes Sachsen-Anhalt ist durch den Landkreis Saalekreis die Aufstallung von gehaltenem Geflügel anzuordnen.

Der Risikobewertung wurde gemäß § 13 Abs. 1 und 2 GeflPestSchV zugrunde gelegt, dass der Landkreis Saalekreis Wildvogeldurchzugsgebiet für wildlebende Wasservögel ist. Außerdem wurde berücksichtigt, dass der Landkreis Saalekreis Flüsse und Seen vorhält, die als Rastplätze für Zugvögel dienen. Die Gefahr der Einschleppung des hochpathogenen aviären Influenzavirus durch Wildvögel in Hausgeflügelbestände wird als hoch eingeschätzt. Es ist nicht auszuschließen, dass die Geflügelpest durch Wildvögel in Hausgeflügelbestände im Landkreis Saalekreis eingetragen werden kann. In Tierhaltungen in einigen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Schleswig-Holstein und Baden-Württemberg sowie in europäischen Staaten wie Polen, Ungarn, Österreich und der Schweiz wurde der Ausbruch der Geflügelpest bei Nutzgeflügel u./o. Wildvögeln amtlich festgestellt.

Bei der Geflügelpest handelt es sich um eine hoch ansteckende und anzeigepflichtige Viruserkrankung des Geflügels und anderer Vogelarten, die schnell epidemische Ausmaße annehmen kann und damit Tierverluste und hohe wirtschaftliche Schäden zur Folge haben kann. Die Zeit zwischen Ansteckung und Ausbruch der Erkrankung kann mehrere Tage betragen. Infizierte Tiere können den Erreger bereits ausscheiden, bevor auf Geflügelpest hindeutende Krankheitserscheinungen auftreten. Erschwerend kommt hinzu, dass die Krankheitserscheinungen nicht typisch sind. Sie können auch im Rahmen anderer Erkrankungen auftreten. Daher besteht die Gefahr, dass die Geflügelpest sich unerkannt weiter ausbreiten kann.

#### II.

Der Landkreis Saalekreis ist für die Überwachung der Einhaltung der Vorschriften über die Tierseuchenbekämpfung sachlich gemäß § 24 Abs. 1 Tiergesundheitsgesetz (TierGesG) i.V.m. § 6 Abs. 2 der Verordnung über die Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr des Landes Sachsen-Anhalt (ZustVO SOG LSA) und örtlich gemäß §§ 1, 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) i.V.m. § 1 Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) zuständig.

Die Aufstallung von gehaltenem Geflügel gemäß § 13 Abs. 1 GeflPestSchV ist gemäß § 13 Abs. 2 GeflPestSchV nach Durchführung einer Risikobewertung anzuordnen.

Die Maßnahme wurde unter Berücksichtigung des mir eingeräumten Ermessens sowie des Verhältnismäßigkeitsgrundsatzes im Rahmen der geltenden Rechtsvorschriften getroffen. Andere, ggf. mildere Möglichkeiten, den Ausbruch der Tierseuche im Landkreis Saalekreis schnell und wirksam zu verhindern, sind nicht ersichtlich.

Aus diesem Grund war die Aufstallung des Geflügels anzuordnen. Die aufgegebenen Bestimmungen sind zulässig, erforderlich und geeignet, um die Gefahr des Eintrags, der Ausbreitung und Verschleppung dieser Tierseuche zu vermeiden. Die unmittelbare Eintrags-, Ausbreitungs- und Verschleppungsgefahr ergibt sich aus der leichten Übertragung des Erregers und der hohen Erkrankungsrate.

Halter von Geflügelbeständen sind dafür verantwortlich, dass ein Eintrag sowie eine Ausbreitung und Verschleppung der Geflügelpest unterbunden wird.

Auf Grundlage des § 41 Absatz 4 Satz 4 des Verwaltungsverfahrensgesetzes kann als Zeitpunkt der Bekanntgabe und damit des Inkrafttretens einer Allgemeinverfügung der Tag, der auf die Bekanntmachung folgt, festgelegt werden. Rechtsgrundlage für den Widerrufsvorbehalt ist § 36 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG).

#### **Begründung der Anordnung der sofortigen Vollziehung:**

Gemäß § 80 Abs. 2 Satz 1 Nr. 4 der VwGO wurde die sofortige Vollziehung der Maßnahme angeordnet. Ein Widerspruch gegen diese Allgemeinverfügung hat in diesem Fall keine aufschiebende Wirkung.

Aus dem o.g. Krankheitsbild ergibt sich eine unmittelbare Gefährdung für die Gesundheit und das Leben von Geflügel. Ein besonderes öffentliches Interesse ist hier gegeben, weil durch die Ausbreitung der aviären Influenza unter anderem die Gefahr von tiergesundheitslichen wie auch von wirtschaftlichen Folgen erheblich und deshalb zu unterbinden ist.

Der Schutz hoher Rechtsgüter erfordert, wie in diesem Fall, ein Zurückstehen etwaiger Individualinteressen von Geflügelhaltern am Eintritt der aufschiebenden Wirkung infolge eines eingelegten Rechtsbehelfs. Das öffentliche Interesse an umgehenden Bekämpfungsmaßnahmen zum Schutz gegen eine Weiterverbreitung der Seuche überwiegt.

#### **Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch erhoben werden. Der Widerspruch hat keine aufschiebende Wirkung. Der Widerspruch ist beim Landkreis Saalekreis, 06217 Merseburg, Domplatz 9 schriftlich oder zur Niederschrift einzulegen.

#### **Hinweise:**

Auf Antrag kann das Verwaltungsgericht Halle, Justizzentrum, Thüringer Straße 16, 06112 Halle (Saale) die aufschiebende Wirkung gemäß § 80 Abs. 5 VwGO ganz oder teilweise wieder herstellen.

Die Schriftform kann nicht durch die elektronische Form ersetzt werden, da der Landkreis den Zugang für die Übermittlung elektronischer Dokumente mit einer qualifizierten elektronischen Signatur nicht eröffnet hat.

Gemäß § 32 Abs. 2 Nr. 4 des Tiergesundheitsgesetzes handelt ordnungswidrig, wer vorsätzlich oder fahrlässig dieser tierseuchenrechtlichen Allgemeinverfügung zuwiderhandelt.

Ordnungswidrigkeiten können mit einem Bußgeld von bis zu 30.000 € geahndet werden.

Biosicherheitsmaßnahmen sind von allen Geflügelhaltern umzusetzen.

Allen Geflügelhaltern außerhalb der Risikogebiete wird empfohlen entsprechend der Bestimmungen des § 13 Geflügelpest-Verordnung im Freiland bzw. in Ausläufen gehaltenes Geflügel bis auf weiteres aufzustellen. Kontaktmöglichkeiten von Geflügel in Freilandhaltung mit natürlichen Gewässern sind unbedingt zu verhindern.

Im Auftrag

gez. Dr. Meier  
Amtstierärztin

Merseburg, den 14.11.2016

### **Rechtsgrundlagen**

- Gesetz zur Vorbeuge und Bekämpfung von Tierseuchen (Tiergesundheitsgesetz) vom 22. Mai 2013 (BGBl. I S. 1324) i.d.g.F.
- Verordnung zum Schutz gegen die Geflügelpest (Geflügelpest-Verordnung) vom 8. Mai 2013 (BGBl. I S. 1212) i.d.g.F.
- Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) vom 23. Januar 2003 (BGBl. I S. 102) i.d.g.F.
- Verwaltungsverfahrensgesetz des Landes Sachsen-Anhalt (VwVfG LSA) vom 18. November 2005 i.d.g.F.
- Verordnung über die Zuständigkeiten auf verschiedenen Gebieten der Gefahrenabwehr (ZustVO SOG) vom 31. Juli 2002 (GVBl. LSA S. 328) i.d.g.F.
- Gesetz über die öffentliche Sicherheit und Ordnung des Landes Sachsen-Anhalt (SOG LSA) vom 16. November 2000 (GVBl. LSA S. 594) i.d.g.F.
- Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19. März 1991 (BGBl. I S.686) i.d.g.F.